

# Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pianusch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1667, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungslieferung 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 10. bis 17. Dezember 850 Milliarden Mark, Abolter 810 Milliarden Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinskalendar 20 Pfennig, die dergepaltene 90 Millimeter breite Reklamazeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = 100 Pfennig, 1 Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsabgabe Zahlung erfolgt. — Für Plagiaten keine Gewähr. — Postkontokonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 289.

Magdeburg, Mittwoch den 12. Dezember 1923.

34. Jahrgang.

## Agrarische Steuerhinterziehung.

### Wirtschaftsjahr gegen Kalenderjahr.

Gegen die neuen Steuerpläne der Regierung wendet sich eine Eingabe des Reichslandbundes, in der besonders gegen die Besetzung der Veranlagung nach dem Wirtschaftsjahr Sturm gelaufen wird. Wir veröffentlichen dazu einen Artikel, der uns von einem Eingeweihten zugegangen ist. Darin wird die gewaltige Vergrößerung, die bisher die Großagrarien durch die Steuererhöhung genossen haben, dargestellt.

An dem Tag, an dem im August die „riesigen“ Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Rhein- und Ruhrabgabe zu zahlen waren, standen an der Kasse eines ländlichen Finanzamts ein großer Graf und ein kleines Bäuerlein, um ihre Zahlungen zu leisten. Wer gemeint hatte, der große Graf werde nun endlich auch einmal eine erhebliche Steuerzahlung leisten, der irrte sich. Der oblige Herr, dessen Besitzung 2000 Hektar groß war, zahlte nur ganze 10 Millionen Mark auf die Vorauszahlungen und 20 Millionen Mark auf die Rhein- und Ruhrabgabe. Das Bäuerlein neben ihm, das zwar nur 60 Hektar sein eigen nannte, zahlte 20 Millionen Mark an Vorauszahlungen und 40 Millionen Mark an Rhein- und Ruhrabgabe. Also genau das Doppelte von dem, was der große Herr zu leisten hatte. Aber auch der kleine Landwirt zahlte nur, was der Festbepoldete, der Lohnempfänger schon lange im voraus entrichtet hatte. Der Lohnsteuerabzug z. B. eines mittleren Beamten aus der gleichen Gegend (Behaltsgruppe 7, Klasse C, verheiratet, ein Kind) betrug nämlich: im Juli 497 150 Mark, im August 9 831 700 Mark, im September 32 405 700 Mark, zusammen also 42 734 550 Mark.

Woran liegt es, daß der Graf weniger zu zahlen hatte als der Bauer? Keineswegs an einer strafbaren Steuerhinterziehung. Dazu sind die hohen Herren zu vornehm. Es liegt an einem gesetzlichen Mangel, wie es bisher an einer Lücke im Gesetz lag, daß die Lohnempfänger dauernd das Vielfache an Einkommensteuer zahlten wie der Sachwertbesitzer und Inflationsgewinnler.

Der § 29 des Einkommensteuergesetzes läßt nämlich zu, daß Landwirte und Gewerbetreibende ihr Einkommen nach einem vom Kalenderjahr (1. 1. bis 31. 12.) abweichenden Wirtschaftsjahr versteuern können. Das bedeutet: wenn z. B. die Veranlagung zur Einkommensteuer für 1922 ansteht, werden gewöhnliche Steuerpflichtige nach dem Kalenderjahr (1. 1. bis 31. 12.) veranlagt. Unternehmer aber, die für ihren Betrieb ein Wirtschaftsjahr, etwa vom 1. 7. 22 bis 30. 6. 1923 eingeführt haben, genießen den Vorzug, nach diesem Wirtschaftsjahr veranlagt zu werden. Da sie dadurch nach einer Einkommenperiode veranlagt werden, die ein halbes Jahr weiter zurückliegt als die aller andern Steuerpflichtigen, ist das daselbe, als ob sie ihre Einkommensteuer ein halbes Jahr später zahlten als diese. Selbstverständlich ließ sich niemand diese Vergünstigung entgehen und jeder Landwirt legte auf Anweisung des Landbundes sein Wirtschaftsjahr so abweichend vom Kalenderjahr wie nur irgend möglich.

Da die Geldentwertung im Jahre 1922 schon sehr stark fortgeschritten war, mußte die Zugrundelegung eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahrs das Ergebnis haben, daß das zahlenmäßige Einkommen aus ein- und demselben landwirtschaftlichen Betrieb im Kalenderjahr eine viel größere Summe ergab als in dem um ein halbes Jahr zurückliegenden Wirtschaftsjahr. Die man neben dem Kalenderjahr auch das Wirtschaftsjahr als Veranlagungsgrundlage zu, so bedeutete das, daß man wieder einmal Mark gleich Mark setzte und das höhere Goldmark-Einkommen aus dem Wirtschaftsjahr dem viel niedrigeren Einkommen aus dem Kalenderjahr gleichsetzte, nur weil sich zufällig gleiche Papiermarksummen ergaben.

Wie groß diese Ungerechtigkeiten sind, zeigt folgende Tabelle, in der die Steuerlasten gleich groß und gleich leistungsfähiger Betriebe gegenübergestellt sind. Die Zahlen verstehen sich in Tausend Mark:

Zahlungen am 25. August 1923					
Einkommen- inhalt	Einkommen	Vorauszahlungen auf Einkommensteuer bei Veranlagung nach dem Wirtschaftsjahr		Rhein- und Ruhrabgabe bei Veranlagung nach dem Wirtschaftsjahr	
		1921/22	1922	1921/22	1922
30	60	1350	1350	3264	28616
60	120	2700	4032	3400	78000
100	200	4500	7232	89400	178000
500	400	9000	15232	30464	480000
200	1000	22500	40000	769000	1530000

Wie die Zusammenstellung zeigt, hat der erste Betrieb, wenn er nach dem Kalenderjahr veranlagt wird, das Achtfache dessen zu zahlen, als wenn er nach dem Wirtschaftsjahr veranlagt worden wäre. Der zweite Betrieb hat nach dem Kalenderjahr zehnmal mehr zu zahlen als nach dem Wirtschaftsjahr, der dritte 13-, der vierte 16- und der fünfte sogar 19mal mehr!

Diese Vergünstigung kommt hauptsächlich den großen Agrariern zugute. Während die kleinen Besitzer die Arbeit einer kaufmännischen Buchführung, die Voraussetzung ist, um der Vergünstigung teilhaftig zu werden, nicht auf sich nehmen konnten, wachsen die Buchführungsstellen des Landbundes, bei denen die Großen ihre Bilanzen fristieren lassen, immer mehr. Es handelt sich also vorwiegend um ein Privileg der Großagrarien.

Nun kommen die Großagrarien: Wenn die Veranlagung nach dem Wirtschaftsjahr abgehandelt wird, muß jede geordnete landwirtschaftliche Buchführung aufhören und dann muß eben das Volk — wenn auch bei vollen Scheuern — wieder einmal verhungern. Gewiß ist der Abschluß des Wirtschaftsjahrs beim Landwirt im Juni leichter als im Dezember. Aber das soll auch gar nicht unmöglich gemacht werden. Lediglich für die Steuer soll das Kalenderjahr die Grundlage sein. Das aber ist auch nötig, denn jetzt sind aus den Buchführungsstellen tatsächlich Steuerhinterziehungsstellen geworden, die in großem Stile die Lücken des Gesetzes zugunsten der Großagrarien ausbeuten. Der Leidtragende ist aber bei allen diesen Dingen der kleine Besitzer, der weder Bücher führen kann noch sich durch die übermäßig komplizierten Bestimmungen unserer Steuergesetze durchzufinden vermag, und die Allgemeinheit, deren leistungsfähigste Kreise keine Steuern zahlen. —

### Aus dem deutschvölkischen Sumpf.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Vor einigen Tagen und in aller Frühe des Polizeirevier von Berlin-Germansdorf angerufen. Im Telefon eine erregte Stimme: „Im Tegeler Forst ist ein politischer Mord verübt worden, ein gewisser Robert Grüte-Lehder hat einen angeblichen Spieß erschossen.“ Der Anrufende will seinen Namen nicht nennen, wenn Grüte verhaftet ist. Eine Stunde später ist dieser Grüte verhaftet. Ein junger Mensch von 17 Jahren.

Mit stumpfen Füßen, Redegewandt, deutschvölkischer Agitator. Wulfs Vertrauen zum Mann trotz seiner Jugend. Der folgende Ausweis, auf dem schönen Papier des Reichstags geschrieben, wird bei ihm gefunden: Herr Robert Grüte-Lehder ist in unserem Auftrag für die völkische Freiheitsbewegung tätig und hat die Aufgabe, Vorposten zu organisieren. Wir bitten, ihn nach Kräften unterstützen zu wollen. Mit deutschem Gruß R. Wulle, R. d. A.

Der Verhaftete ist ohne weiteres geständig. Der Ermordete ist ein Oberleutnant Müller, der sich auch andere Namen gibt, wie Dr. Berger, Wader, Meriens, Heinz Dammer. Er habe ihn erschossen, weil er

Spießbienen für die „rote Fahne“ geleitet habe. Er gibt alle Einzelheiten der Tat an, bezeichnet die Stelle, wo die Leiche verscharrt sein soll. Die Kommando durch den Leutnant ist. Erfolgrlos. Wohl aber werden die Sachen des angeblich ermordeten und verschwundenen „Oberleutnants Müller“ bei Grüte-Lehder gefunden. Allen möglichen Runden der Grüte angehört: Deutschnationaler Jugendbund, Neue Jugend, Reichswehr-Organisation, Deutscher Herold, dem Bismarck-Orden, der vom Bismarck-Bund abgelöst ist. Die Mitglieder vom Bismarck-Orden, Ortsgruppe Graf Gneisenau, werden vernommen. Aus ihrer Mitte ist die Anzeige hervorgegangen. Mehreren von ihnen hat Grüte-Lehder erzählt, daß er den Müller erschossen hat, hat sich dessen gerühmt.

Niemand wagte ihn anzusehen. Er bedrohte auch sie mit dem Revolver. „Wer mich verrät, wird um die Erde gebracht.“ Grütes Adoptivvater stellte ihm das schlechteste Zeugnis aus. Er will das Adoptionsverhältnis wieder lösen. Seit Februar 1922 ist der Junge ohne Beschäftigung. Er sei nach Pommern gereist, angeblich als Fürsorgebeamter, zu einem Oberleutnant, der dann auch eine Zeitung bei den Eltern des Grüte gewohnt hat. Grüte bleibt bei seinem Geständnis. Er sei in persönliche Beziehungen zu den Vorkämpfern der deutschvölkischen Freiheitsbewegung getreten, zu Wulle, zu Kube, dem Geschäftsführer des Deutschen Herold, zu Oberleutnant a. D. Ahlemann. Er reist nach Eggesin in Vorpommern, um Wulfs Auftrag gemäß, dort die Freiheitsbewegung zu organisieren. Dort lernt er im September 1923 den „Oberleutnant Müller“ kennen, der ihn bei einem Gutsherrn als Nachschubbeamten unterbringt. Von der Berliner Zentrale wird dann Oberleutnant a. D.

Ahlemann nach Eggesin geschickt. Bei Werbeveranstaltungen für die Deutschvölkischen ab, Ortsgruppen werden gegründet. Müller führt zunächst den Vorzug. Grüte tritt zu ihm in ein „Freundschaftsverhältnis auf geistlicher Basis“.

Müller ist der erste nicht. Der erste soll, so sagt Grüte, ein Direktor aus Belgrad gewesen sein, bei dem er als Privatsekretär in Jugoslawien gearbeitet haben will. Ein jüdischer Herr, Geographie und Religion sind offenbar Schwindel. Der Kern mag stimmen. Bei Aufdeckung deutschvölkischer Geheimbünde ist jedoch die Kriminalbehörde nicht selten auf geschlechtliche Verstrickungen.

Dann will Grüte Verdacht gegen Müller geschöpft haben. Beide haben (das sollte die Polizei später fest) gemeinsame Schwindeleien an der Spitze ihres bösslich-freiherrlichen Wirkens ausgeübt. Müllers letzte Spur führt in ein Berliner Hotel „Zur Ostsee“, nahe dem Stettiner Bahnhof. Aus diesem Hotel ist Müller unter Zurücklassung seiner Sachen verschwunden. Ein paar Tage später hatte Grüte die Sachen ab und bezahlte die Rechnung. Von Müller fehlt seitdem jede Spur.

Die beschlagnahmten Briefschaften geben interessante Aufschlüsse über die geistige Verfassung dieser bösslichen Helden. Auch die andern Genossen sind offenbar nicht stubenrein. In Grütes Notizbuch heißt es: „Grup hat geflucht.“ Dann wieder: „Wütcher ist fürjorgezögling.“ Dann wieder notiert er von seinem Freunde: „Müller behauptet, daß Major Penning (der deutschvölkische Reichstagsabgeordnete, D. Hb.) eine Wörderzentrale hat.“ Gegen Grüte schreibt ein Verächter wegen einer Gewalttat. Müller, der in Wirklichkeit Heinz Dammer zu heißen scheint, hat wegen betrügerischer Urkundenfälschung im Gefängnis gesessen. Von da aus hat er eine lebhafte Korrespondenz mit Hans Gerd Tschow geführt, der wegen der

Reisite zur Ermordung Rathenaus einjährige Gefängnisstrafe verbüßt und sich dabei auf sein Anwaltentzagen vorbereitet. Müller-Dammer kennt offenbar auch die andern Helfer dieses Verbrechens. Den zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten alten Ernst Werner Tschow läßt er grüßen. Ebenso den zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilten Günther. Den schüttelt Hans Gerd ab, weil wir uns von diesem verlogenen Durcheinander emanzipiert haben.

Müller-Dammers Korrespondenz aus seinem Gefängnis auch mit der Mutter Tschows, Frau Gertrud Tschow, an die die Mutter Rathenaus, Mathilde Rathenau, jenen ehrwürdigen Brief gerichtet hat: „In namenlosem Schmerz reiche ich Ihnen, Sie armste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohne, daß ich im Namen und Geiste des Ermordeten ihm bezeuge.“ Keine Spur Verständnis für das Grauliche der Untat und ihrer Geistesrichtung in der ganzen Korrespondenz. Der Antisemitismus, der nach der Urteilsbegründung des Senatpräsidenten Dr. Hagens im Rathenau-Prozess hinter den Mordern und Mordgehilfen verantwortungslos sein bezerrtes Antlitz emporhebt, waltet ungehemmt fort. So schreibt Frau Gertrud Tschow in einem Briefe vom 2. Februar 1923 an den inhaftierten Heinz Dammer (Oberleutnant Müller):

Sie dürfen sich über die Bezeichnung Mörder nicht aufregen. Die Bezeichnungen, die diesen Ausdruck bringen, sind jüdisch, und das sagt alles.

Hans Gerd Tschow bittet Dammer, seine Aufnahme in den Jungdeutschen Orden zu erwirken. Frau Tschow hofft, daß Hans Gerd Strafausschub bekommt. Andre interessante Korrespondenz, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Das Geld spielt keine Rolle, von Dollars spricht das Notizbuch und von andern nicht sehr völkischen Geldsorten. Andre militärische Parteiorganisationen spielen hinein.

Der verwundene Oberleutnant Müller wird trotz aller Nachforschungen nicht ermittelt, weder lebend noch tot. Endlich mißverruft Grüte, in die Enge getrieben, sein Geständnis. Er habe

vor seinen Germansdorfer Freunden renonmiert, um als „Mann der Tat“ zu gelten, der einen Spieß zu bestrafen weiß. Er wollte eine Rolle spielen und schämte sich, vor der Nordkommission den Schwindel eingestehen. Die Nachforschungen werden fortgesetzt.

Die Personen, die in dieser Groteske mitspielen, sind, jede für sich nicht besonders interessant. Aber interessant ist vielleicht das Gesamtbild, das diese Durchleuchtung eines kleinen Auschnittes aus dem deutschvölkischen Sumpf ergibt. Es ist ein ganz ähnliches Milieu wie dasjenige, aus dem eine Reihe politischer Mordtaten der letzten Jahre, aus dem noch zuletzt der verheerende Ueberfall auf Maximilian Harden hervorgegangen ist. Man hatte gehofft, daß die öffentliche Verhandlung all dieser grauenhaften Taten reinigend wirken würde. Es fehlt noch viel daran. Alles bleibt still und stumpf im alten Giese; der Stein im Sumpf zieht keine Kreise. —

### Steuern und Beamtengehälter.

Mit jedem Tage wird deutlicher, daß die Frage der menschenwürdigen Besoldung der Beamten nur von der Steuerseite her zu beantworten ist. Nach einer Meldung der Breslauer „Volksmacht“, die ihr von einem sehr gut informierten Parlamentarier zugegangen ist, liegen die Dinge so, daß das Reich keine Mittel mehr hat, um am 1. Januar noch Beamtengehälter und Arbeiterlöhne zu zahlen. Nach Ankündigungen des Reichsfinanzministers Luther will die Reichsregierung versuchen, mit Hilfe von Verordnungen auf Grund des Ermächt-



Man darf wohl ein sofortiges Eingreifen der Regierung mit gutem Recht erwarten. Unsere Banken sind heute Raubbanken geworden, die durch einen skandalösen Wucher das ganze Geschäftsleben zum Erliegen bringen und die Massen belasten.

Bei dieser Gelegenheit leben wir uns verpflichtet, auf die Riesengewinne hinzuweisen, die unsere Banken infolge ihrer glorreichen Kreditpolitik gerade in den letzten Wochen gemacht haben. Obwohl die Mark sich besserte, also Inflationschäden gar nicht in Betracht kamen, sind für Billionendarlehen zum Schaden der Geschäftswelt und der Käufer Trillionen zwischen verlangt und gezahlt worden. Die Regierung kann wohl nicht gut leugnen, daß hier ein unverdienter Wertzuwachs vorliegt, an dem sie auf ihrer Suche nach neuen Geldquellen hoffentlich nicht vorbeigehen wird.

## Geldquellen der Sonderbündler.

Die rheinischen Sonderbündler liegen sich in den Säzen und darum erfährt die deutsche Leserschaft folgende Interna über ihre Geldquellen:

Der „Bürgermeister“ von Duisburg Engel hat während seiner Amtsperiode große Bestände an Mehl, die für die Erwerbslosen der Stadt bestimmt waren, unterschlagen und darauf vom belgischen Kreisdelegierten in Duisburg ein Ultimatum erhalten, das die unverzügliche Wiederbeschaffung des Mehles anordnete. Engel wandte sich in seiner Not an seine separatistischen Freunde, und zwar zunächst an den „Innenminister“ Dehnen. Dehnen wollte sich anfangs den lästigen Parteigenossen vom Hals schaffen und erklärte, die Rheinland-Kommission bewillige keine Kredite mehr. Am Abend desselben Tages mußte Dehnen allerdings erklären, man habe noch einmal Kredit von der Rheinlandkommission erhalten, und Engel bekomme davon 5000 Frank. Falls er zur nächsten Danks überbringe, sollte er einige Tage darauf noch mehr erhalten.

In einer Vertrauensmännerversammlung des Mattheijer Kumpfabrikants, die nach der Ueberlieferung Dortens nach Gms stattfand, hat überdies der „Sozialkommissar“ Sieck bestimmte Angaben über Kredite bzw. Zahlungen gemacht, die Dorten erhalten habe. Dorten soll täglich zirka 35 000 bis 40 000 Frank bei Tirard angefordert und zum Teil auch erhalten haben.

In dem Streite dieses Gelichters untereinander wird man bald noch mehr erfahren. Französischerseits wird freilich noch wie vor jede Unterhändler der Sonderbündler abgestritten werden.

## Die Wiederaufnahme des Zechenbetriebs.

Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Ruhrgebiet:

Auf einer großen Anzahl von Zechen, die bisher noch nicht zur produktiven Förderung übergehen konnten, sind jetzt Restarbeiten im Gange, um, wenn noch nicht in der nächsten Woche, so doch in absehbarer Zeit den Betrieb soweit wie möglich wieder aufnehmen zu können. Auf den Zechen „Rhein-Eibe“ sind etwa 800 Bergleute damit beschäftigt, die verfallenen Strecken zu säubern und die Grubenarbeiten so zu betreiben, um Anfang nächster Woche die Kohlenförderung, wenn auch in begrenztem Umfang, wieder aufzunehmen. Wehnlich liegt es auf den Zechen im Landkreis Geldern.

Eine kleine Anzahl Zechen hat es fertiggebracht, schon einen Teil der Kohlenhauer wieder einzustellen. Jede großzügige Wiederingangsetzung ist aber bisher noch daran gescheitert, daß die Eisenbahnen weder das rollende Material noch die Personalkräfte hat um den Betrieb in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

Nicht trübe sind gegenüber der Lage im Bergbau die Verhältnisse in den Fabriken. Hier fehlen zurzeit noch alle Vorbedingungen um an eine Wiederaufnahme der Arbeit zu denken. Trotz des Abzuges der Gewerkschaftsführer melden sich die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit, auch unter Annahme der Bedingungen der Zehntstundentätigkeit. So haben sich auf der Gutehoffnungshütte in Oberhausen etwa 4000 Arbeiter unter Annahme dieser Bedingung eingefunden. Hier waren es besonders die kommunistischen Führer, die versuchten, die Leute von ihrem Vorhaben abzuhalten; doch scheiterten ihre Bemühungen.

Auch eine Anzahl Zechen im Oberhausener Bezirk, so Konfordia, Altsaden und Roland, hat die Arbeit bereits wieder, und zwar unter neuen Arbeitsbedingungen aufgenommen. Gleiches ist aus Dortmund zu melden wo auf den Zechen Kaiserstuhl, Gania, Schlegel-Holstein und Hermann die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen werden konnte. Auf den Zechen Schürbank und Charlottenburg sowie auf Wuppertal Stein arbeitet ungefähr die Hälfte der Belegschaft auf Tremontia etwa 400 Mann vorzüglich in Restarbeiten. Auf Griesenau wurden in zwei Revieren etwa 150 Arbeiter eingestellt.

Mit der Wiederaufnahme der Arbeit werden sich auch die Geldstände der Kommunen bessern. In Geldern hat sich die Zahl der Arbeitslosen, die noch vor wenigen Tagen 92 000 betrug, durch die Wiederingangsetzung eines Teiles der Zechen um etwa 15 000 vermindert.

Soweit der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, Andra Berichte sehen nicht so optimistisch aus. Danach sind die Unternehmerrüstung und dran, das Herz der Arbeitslosen noch zu vergrößern. So werden Entlassungen bei der Dortmund Union und bei Krupp in Essen gemeldet. Da wird das „Drängen“ vieler Arbeiter zur Arbeitsaufnahme bei vergrößerten Bedingungen verhandelt. Doch das birgt Gefahren in sich. Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ ist es zwischen solchen durch Hunger gezwungenen Arbeitern, Landarbeitern und Holzleuten und Arbeitern, die nicht so leicht Hungerkrüppeln sind, in Salum zu Zusammenstößen gekommen, wobei es auch Verwundete gab. Kein Wunder bei der Erbitterung der Ruhrarbeiter.

Nach einer Habas-Meldung aus Düsseldorf hat die Ingenieur-Kommission ein Abkommen mit den Firmen Klockner, Mählemer Bergwerksverein, Rombacher Hütte, Herkules und Klosterbusch abgeschlossen, deren Gesamtproduktion sich nach der Meldung auf etwa 4 Millionen Tonnen jährlich beläuft. Dann aber die Förderung sofort aufgenommen und nicht erst gewartet, bis Hunger und Verzweiflung die Arbeiter selbst unter Preisgabe sämtlicher Ertragsansprüche in die Betriebe zurücktreiben! Mit einer verärrerten Arbeiterschaft erreicht man keine erhöhte Produktion auch wenn man sie fast 8 Stunden 16 Stunden täglich beschäftigen würde.

Auf den Werken der Metallindustrie planen die Großunternehmer die Inangangsetzung der Betriebe unter den von ihnen diktierten Bedingungen (Wortkriegszeit, Tariflosigkeit, Befehlshaltung nach Leistung usw.). Die Arbeiter sämtlicher Organisationen in der Metallindustrie halten im ganzen Ruhrgebiet Massenversammlungen ab, in denen sie gegen das Vorgehen der Unternehmer Stellung nehmen und den Willen zur Erhaltung des Achtstundentags und des geregelten Arbeitsverhältnisses bekunden.

Die Unternehmer suchen das geschlossene Auftreten der Arbeiter durch Einzelverhandlungen wirkungslos zu machen. Der Hunger ist ja ihr Bundesgenosse. Gemeinsam mit diesem Würger hoffen sie den Widerstand der „tapferen Kampfgenossen“ von gestern schließlich doch brechen zu können. Herrschen wollen sie in ihrem Reich, wie einst im Mai. Die Produktion selbst ist ihnen nebensächlich. —

## Dollar Amtliche Notiz vom Dienstag 4,2 Billionen

## Proteststreik in Oesterreich.

Die Sparmaßnahmen der österreichischen Regierung auf Kosten der Angestellten öffentlicher Betriebe haben nun doch zum Streik geführt. In ganz Oesterreich ist am Montag früh der Zustand der Telegraphen-, Telephon- und Zellanlagen ausgebrochen. Verhandlungen, die Bundeskanzler Seipel am Sonntag bis spät in die Nacht mit Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen abhielt, vermochten den Streik nicht zu verhindern. Es besteht die Gefahr, daß sich aus diesem Proteststreik ein Generalstreik sämtlicher Bundesangestellten entwickelt. —

## Neuwahlen in Italien.

Am Montag hat der italienische Ministerrat die Schließung des Parlaments beschlossen. Die Neuwahlen sollen im Frühjahr stattfinden.

Eigentlich sollte das Kabinett über die Erneuerung der Vollmachten für Mussolini, die von der Kammer verlangt werden sollten, beraten. Diese Vollmachten waren Mussolini um so sicherer, als sogar seine größten Gegner, die katholische Volkspartei, sich bereits für die Bewilligung der Vollmachten ausgesprochen hatten. Mussolini glaubte aber, daß die gegenwärtige Kammer nicht mehr die wirkliche Ansicht des Landes widerspiegeln und verfüge daher die Schließung der gegenwärtigen Session.

In parlamentarischen Kreisen hat die Kammerauflösung gewaltige Erregung verursacht, da sie von niemand erwartet wurde. Aber aus der Erregung wird kein Widerstand wachsen. Die Kammer wird sich fügen und die Parteien werden die Wahlvorbereitungen treffen, soweit der Diktator Mussolini das gestattet.

## Die Koalitionsfrage in England.

Die Konservativen haben bis jetzt 252, die Liberalen 149, die Arbeiterpartei 197 und die kleineren Parteien 9 Sitze. Im alten Parlament hatten die Konservativen 315, die Liberalen 117 und die Arbeiterpartei 145 Mandate. Die Konservativen haben also nahezu 100 Sitze verloren, die Liberalen haben 32, die Arbeiter 52 Sitze gewonnen.

Nun erhebt sich die Frage: Koalition oder nicht? Das Arbeiterblatt „Daily Herald“, das einzige Tagesblatt der englischen Partei, ist gegen jede Koalition. Über die Partei solle sich bereit erklären, die Regierung zu übernehmen. An einen Landhandel mit einer der anderen Parteien könne aber nicht gedacht werden. Der linke Flügel der Liberalen kommt dieser Stellungnahme entgegen. In der radikalen „Westminster Gazette“ veröffentlicht der liberale Abg. Buchanan nach Beratungen mit Asquith und Lloyd George ein Angebot der Liberalen, die Arbeiter zu unterstützen, wenn sie die Regierung übernehmen würden.

Buchanan spricht in dem Briefe die Hoffnung aus, daß die konservative Partei den Anstand haben werde, sofort zu demissionieren, und Ramsay MacDonald den Mut haben werde, die Regierungsbildung zu übernehmen. Er könne der Unterstützung der Liberalen sicher sein, wenn er sich darauf beschränken wolle, folgende gesetzgeberischen Aufgaben durchzuführen, die mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen würden:

1. große, öffentliche Arbeiten, insbesondere Kanalbauten, um die produktive Arbeitslosenfrage durchzuführen,
2. Verstaatlichung des Kredit- und des Betriebs der Bergwerke,
3. eine großzügige Wohnungsbaupolitik,
4. Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung,
5. eine verfassliche Außenpolitik, die im Interesse einer Stabilisierung des Weltfriedens von den internationalen Organisationen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften in der ganzen Welt Gebrauch macht.

Es muß erst klargestellt werden, ob Lord Buchanan tatsächlich für die liberale Partei oder nur für einen Teil der Partei spricht, denn Bereitschaft der liberalen Partei zu einer Unterstützung sogar der Nationalisierung des Bergbaues ist etwas, was auf den ersten Blick geradezu verblüffend wirkt.

Am Mittwoch werden die Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften über die Lage beraten. —

## Notizen.

**Änderungen des Reichswahlgesetzes.** Der Rechtsauswuchs des Reichstags legt nunmehr die von ihm beantragte Änderung zum Reichswahlgesetz vor. Danach soll es künftig nur 16 statt 17 Wahlkreisverbände geben. Die beiden westfälischen werden zu einem Verband zusammengelassen. Von den bisherigen 38 Wahlkreisen wird der Wahlkreis Rotterdam geteilt, die Wahlkreise Minden, Arnheim, Ost-Weesbaden, Ober- und Unter-Rhein getrennt und auf andere Wahlkreise verteilt. Eine Reihe kleiner Änderungen bezieht sich auf die Einbruchstrafen und Ähnliches. —

**Marx' Nachfolger im Vorsitz der Zentrumsfraktion.** Die Zentrumsfraktion des Reichstags wählte an Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden, Reichskanzler Marx, den früheren Reichskanzler Juchacz zum ersten Vorsitzenden der Fraktion. —

**Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.** An Stelle des Handelsvertrags vom Februar 1910, der durch den Krieg hinfällig geworden ist, soll in Kürze ein neuer Handelsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten treten. Der Vertragsentwurf ist beiderseitig von den Regierungen vereinbart und genehmigt. Er bedarf nur noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften. Bis zur Vorlage vor dem Senat soll der Vertrag Entwurf auf Wunsch der amerikanischen Regierung geheim gehalten werden. Der Vertrag soll auf der Basis der Meißner Abmachung abgeschlossen sein. —

**Wofür Devisen da sind.** Zur Lebensmittelfuhr fehlt es an Devisen. Zu gleicher Zeit wirft die Firma Hugo Stinnes enorme Devisenbeträge aus, um sich Industriebeteiligungen in Russland zu erwerben. Jetzt hat sich die Firma Stinnes N. G. für Seeschiffahrt und Ueberseehandel nach holländischen Melbungen an der Handelsgesellschaft N. B. Behr, Meyer u. Co. in Batavia bet. Zu dem Zweck wurde eine Kapitalerhöhung von 2 Millionen holländischen Gulden vorgenommen, von denen 10 Prozent bereits eingezahlt sind, während in den nächsten Jahren jährlich mindestens 200 000 Gulden weiter eingezahlt werden sollen. Die Bedingungen sind also sehr vorteilhaft. Man fragt sich aber vergebens, warum das Privatkapital mit so leichter Mühe ins Land ist. Kredite für Russlandbeteiligungen zu erwerben, während zur Aufrechterhaltung der Arbeit im Inland ebenso wie zur Finanzierung wichtiger Rohstoff- und Lebensmittelfuhren es angeblich an Kapital und Kredit fehlt. —

**Das gefährdete Ansehen der Reichswehr.** Die „Eisenacher Volkszeitung“ ist erneut bis auf weiteres dem Militärbefehlshaber für Thüringen verboten worden. Das ist innerhalb 8 Tagen das zweite Verbot. Als Grund wird eine Erwidern der Redaktion auf eine Zuschrift des Militärbefehlshabers bezeichnet, in der die Redaktion Behauptungen des Militärbefehlshabers zurückweist. Darin wird ein Vorgang erbildet, der geeignet ist, eine irrtige Meinung bei der Bevölkerung über die Reichswehr hervorzurufen und das Ansehen der Reichswehr herabzusetzen. — Wir haben wiederholt dargelegt, daß dem Gedanken der Reichswehr als dem Grundpfeiler eines künftigen deutschen Volksheers nichts abträglicher sein kann als ihre Verwendung zu innerpolitischen Zwecken. —

**Weitere Wilderung der Befehlshaberpraxis.** Nach einer Habas-Meldung aus Düsseldorf sind im ganzen 192 Ausweisungsbefehle zurückerzogen worden. Von Strafbesehlen wurden 69 aufgehoben und die Aufhebung von weiteren zehn Strafurteilen unterzeichnet. —

**Die Internationale Arbeiterhilfe.** Dieses hat kommunistisch-besetzte Unternehmen hielt in Berlin einen Kongreß ab, der eine starke internationale Beteiligung aufwies. Mit Rücksicht auf den humanitären Zweck hatten sowohl das Reich wie auch der Berliner Magistrat und verschiedene ausländische Gewerkschaften Beteiligungen geschickt. Das gleiche talen das Internationale Rote Kreuz und der Berliner Hauptauswahlschub für Arbeiterwohlfahrt. Die Leitung lag in den Händen der Genossin Mathilde Wurm und des Berliner Generalsekretärs Will Münzenberg von der Internationalen Arbeiterhilfe. Münzenberg führte als Hauptreferent aus, die Internationale Arbeiterhilfe wolle durch sofortiges Eingreifen Vinderung der Not der deutschen Arbeiterpartei bringen. Redner erwähnte, daß Tausende französischer Arbeiter, ehemalige Kriegsgefangene, sich erhoben haben, deutsche Kinder bei sich aufzunehmen. Aber Poincaré wolle den Kindern die Einwanderung verweigern. Internationale Solidarität werde die zwischen den Völkern künstlich aufgerichteten Barrieren beseitigen. Der Kongreß nahm ein Manifest an, das zum Kampfe gegen den Hunger in Deutschland aufrief. —

**Aufgehobene Verkehrsstrafen.** Die Rheinland-Kommunion hat die während des passiven Widerstandes als Entlohnung erlassenen Ordnungen betr. die Beschränkung von Straßenbahnen und Lastautoverkehr und die Ordnung, die den Gemeinden die Ueberwachung der Bahnübergänge zur Pflicht machte, aufgehoben. —

## Depeschen.

### Das Kindersterben in Köln.

Ab. Köln, 11. Dezember. Ueber den geradezu furchtbaren Zustand der Schul Kinder in Köln berichtet der Stadtrat Dr. Braubach auf der Tagung des Hauptauswahlschusses für Arbeiterwohlfahrt nach einem Bericht des „Stadtauswahlschusses“ u. a. folgendes: Der Normalzustand unserer Kölner Kinder ist schwach entwickeltes, kraftloser Körper, unentwickelte Muskulatur und Spuren scharfem Unterernährung. Was von den Schulkindern gilt, ist auch von den nichtschulpflichtigen Kindern zu sagen.

Überall in den Fäziorgezeiten und Kinderbewahranstalten das gleiche Bild: rachitische Körper, trumme Beine, mude glanzlose Augen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß diese Jugend später im wirtschaftlichen und sozialen Leben nicht die Leistungen hervorbringen wird, die die Jugend der Vorkriegszeit leisten konnte.

Ein Drittel aller in der letzten Zeit von Dr. Braubach in einer Reihe Kölner Schulen betrauter Kinder haben jetzt Monotonie kein Fleisch mehr gegessen! In den gesundheitslichen Werten gestellt sich als weitere Not der Nachkriegszeit die Wohnungsnot. Wir haben in Köln feststellen können, daß annähernd 1000 Wohnungen, die nur einen Raum haben, von mehr als zwei Personen bewohnt werden. Hunderte Fälle sind der Kölner Wohnungsfürsorge bekannt, in denen Personen, die an offener Tuberkulose erkrankt sind, mit gesunden Personen in einem Bette schlafen müssen. —

### Senkung der Bierpreise.

Ab. München, 11. Dezember. Nach einer Mitteilung des Bayerischen Brauerbundes tritt ab 12. Dezember eine Senkung der Bierzpreise ein. Danach betragen die Ausschankpreise pro Liter: für Kolbier 40 bzw. 42 Pfennig, für Exportbier 50 bzw. 54 und für Märzgerbier 60 Pfennig, alles ohne Getränkesteuer. —

### Baldwin soll leben.

Ab. London, 11. Dezember. Heute mittag findet die erste Kabinettsitzung nach den Wahlen statt. Lloyd George bezieht gestern abend über eine Stunde lang mit Asquith. Auch die heutige Morgenpresse betont, daß die Arbeiterpartei bereit sein würde, die Regierung zu übernehmen, daß Baldwin jedoch beschlossen habe, bis zum Zusammentritt des Parlaments im Amt zu bleiben. Während die Regierungspresse den Entschluß des Premierministers als streng verfassungsmäßig hinstellt, kritisieren die Oppositionsblätter ihn mit Schärfe und führen ihn auf einen Druck von seiten der Extremisten in der konservativen Partei zurück, die eine Arbeiterregierung verzögern wollen.

„Westminster Gazette“, die die Notwendigkeit unbedingter Affrontsfreiheit für die Liberalen betont, schreibt in einem Leitartikel, es sei ernstlich zu hoffen, daß die Regierung den Rat Chamberlains, die Lösung der Krise nicht bis zum Zusammentritt des Parlaments zu verzögern, annehmen werde. Die Konversationen hätten augenblicklich kein Recht, das Land zu regieren. Die auswärtige Lage sei voll von Schwierigkeiten, und aus diesem Grunde sei es wesentlich, daß unter den augenblicklichen Umständen die stärkste Regierung sobald wie möglich aufbehalte komme. „Daily Chronicle“ schreibt, wenn Baldwin auf seinem Beschluß, im Amt zu bleiben, und am 8. Januar vor das Parlament zu treten, beharre, so würde dies im Land ernstliche Unzufriedenheit hervorrufen. Es sei wesentlich, daß eine andere Partei sich sofort an die Arbeit mache. —

### Straßenkampf in Athen.

Ab. Paris, 11. Dezember. Nach einer Habas-Meldung aus Athen kündigt eine offizielle Mitteilung an, daß bei den Zusammenstößen zwischen Royalisten und Republikanern acht Personen getötet und 29 verletzt wurden. —



# Hungergehälter und Hungerlöhne.

Die bürgerliche Reichsregierung lehnt jede Erhöhung der für die Beamten von ihr angeetzten Gehälter ab. Nach den Gehältern richten sich die Löhne. Auf daher in die

## Protestversammlung

die am Donnerstag abend 7 1/2 Uhr in Friedrichs Festhallen stattfinden wird. Referent: Reichstagsabgeordneter Ferdinand Bender. Eintrittspreis zur ungefähren Deckung der Unkosten 200 Milliarden. Vereinigte sozialdemokratische Partei.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Dezember 1923.

#### Flauer Markt.

Die veränderte Wirtschaftslage infolge der allgemeinen Preisentwertung hat auch auf den Besuch des Wochenmarktes ihre Wirkung ausgeübt. Das Drängen nach Ware hat erheblich nachgelassen. Da die Fleischer und Schmelzer innerhalb der Stadt den jetzt zur Verfügung stehenden Segen kaum zu lassen vermögen, brauchen die Frauen nicht mehr nach dem Markt Sturm zu laufen. Die gestrigen Preisnotierungen auf dem Viehmarkt haben eine weitere Senkung der Preise zur Folge gehabt. Auffällig war der Mangel an Gänsen. Die Produzenten halten hier, in dem Augenblick wo die Fleischpreise zurückgehen, anscheinend mit der Ware zurück und hoffen auf eine Wendung zu Weihnächten. Soweit diese Marktindizes vorhanden waren, wurden sie im Durchschnitt mit 1,5 Millionen pro Pfund gehandelt. In der untenstehenden Tabelle sind die Fleisch- und Wurstpreise nach Goldmark, die übrigen Waren nach Goldpfennigen angegeben. 1 Goldmark = 1 Billion, 1 Goldpfennig = 10 Milliarden.

Schweinefleisch . . .	8. 12.	12. 12.	Eier . . . . .	300	0,24
Rindfleisch . . .	1,5-2,4	1,2-1,5	Kartoffeln . . .	50	0,35-0,40
Kalb- und Hammelfleisch . . .	1,0-1,6	0,9-1,0	Zwiebeln . . .	200	0,15
Speck . . . . .	1,5	1,0-1,2	Weißkohl . . .	80	0,8-0,10
Speckhälften . . .	1,8	0,9-1,2	Rotkohl . . .	200	0,18-0,20
Speckhälften . . .	1,0	—	Wirtskohl . . .	150	0,15
Speckhälften . . .	2,6-3,0	2,0	Grünkohl . . .	50	0,60
Schmalz . . . . .	900-3,0	0,9-2,0	Spinat . . . . .	200	—
Salz . . . . .	2,0	1,8-1,5	Möhren . . . . .	50-60	0,50-0,60
Bratwurst . . . . .	2,8-3,4	1,8-2,0	Kohlraben . . .	60	0,50
Mettwurst . . . . .	2,8-3,4	1,8-2,0	Witze . . . . .	300	0,25
Kotwurst . . . . .	2,2-2,4	1,4-1,8	Kepfer . . . . .	200-1 B.	0,2-1 B.
Leberwurst . . . . .	2,2-2,4	1,4-1,8	Birnen . . . . .	500-1 B.	0,4-1 B.
Seefische . . . . .	300-600	0,2-0,45	Knochenfleisch . . .	—	0,40
Herings, grüne . . .	600	0,5	Knochen . . . . .	300	0,20
Herings, silber . . .	20-60	0,2-0,6			
Käse, 10 Stück . . .	500	0,4			
Butter . . . . .	2,0	1,1-1,2			

Es ist dringend notwendig, daß die Preisentwicklung sehr aufmerksam verfolgt wird. Die Gänse haben sich schon selten gemacht, man wird auch mit andern Waren auf die Taktik der Zurückhaltung kommen. Ueber eine Weile und die Preise schnecken wieder empor, der Wucher treibt sein Spiel mit neuer Kraft.

### Zur Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Rückständig ist das Unternehmertum schon in der Vorkriegszeit gegen alle Lohnarbeiter und Angestellte vorgegangen. Es hat sich bis zum heutigen Tage nicht geändert. Der Profit über alles, dies ist die Parole des gesamten Unternehmertums. Diese Parole wird jetzt mehr denn je in die Wirklichkeit umgesetzt, wie alle Verhandlungen und Maßnahmen der letzten Wochen beweisen. Verkürzung der Löhne unter den Stand der Vorkriegszeit ohne Rücksicht auf die bestehende Leistung, und dazu eine Arbeitszeit von 60 Stunden, so will man das zusammengebrochene Wirtschaftsleben aufbauen. Der Arbeitgeberverband Magdeburg erklärte allerdings bei den letzten Verhandlungen, Mehrarbeit sei noch nicht gleichbedeutend mit Verlängerung der Arbeitszeit! Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ein Beweis, daß das Unternehmertum anders denkt, ist folgender Bericht, der der Arbeiterschaft von Th. Hoyer, Holzgeschäft, vorgelegt wurde:

Th. Hoyer, Magdeburg, den 8. 12. 23.

Wir sind damit einverstanden, daß von Montag den 10. 12. ab täglich, anstatt bisher 8 Stunden — gleich 10 Stunden — am Tage gearbeitet wird, ohne daß die letzten 2 Stunden als Ueberstunden angesehen werden, d. h. daß diese zum selben Lohnsatz wie die ersten 8 Stunden berechnet werden.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit lehnte die Arbeiterschaft das Ansuchen ab. Die Firma steht unter Tarifvertrag und die Beschwerden, die sofort an den Arbeitgeberverband von der Verbandsverwaltung gerichtet wurde, ist bis zur Stunde nicht beantwortet. Die Not der Arbeiterschaft soll eben rückständig ausgenutzt werden. Dieses Verhalten zeigt sich bei den Verhandlungen in der Metallindustrie wie im Arbeitgeberverband Magdeburg und ebenso bei unsern Holzgewerkschaften im Bezirk.

Die Holzarbeiter aller Branchen nehmen zu diesen Vorgängen am Donnerstag in der Versammlung im „Apolloaal“, Wallstraße, sofort nach Arbeitslosstellung. Hier wird auch das Resultat der Lohnverhandlungen entgegengenommen. Eintritt nur gegen Verbandsbuch. Die Verbandsverwaltung.

### Die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung.

Viele Erwerbslose sind über die Höchstdauer der ihnen zu leistenden Unterstützung nicht genügend unterrichtet. Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 24. September 1923 soll die normale Höchstdauer nach wie vor 26 Wochen betragen. Ueber diese Zeit hinaus soll die Fürsorge nur ausnahmsweise und zur Beweidung unbilliger Härten gewährt werden können. Eine unbillige Härte ist nach diesem — inzwischen durch den gewaltigen Umfang der Arbeitslosigkeit weit überschritten — in der Regel dann nicht anzunehmen, wenn der Erwerbslose keine Angehörigen zu ernähren hat. Bei solchen Erwerbslosen soll nun in Ausnahmefällen eine Befreiung von dieser bis sechs Wochen bewilligt werden. Von diesen Befreiungen darf abgesehen werden zugunsten der Angehörigen des Spinnstoffgewerbes, der Schuh- und Schäftmacher, Labararbeiter und Zigarenmacher, Buchdrucker und Schriftsetzer, Buchbinder und verwandter Gewerbe. Eine Höchstdauer von 39 Wochen ist grundsätzlich nicht zu überschreiten.

Somit müssen Erwerbslose schon vor Ablauf der 26 Wochen den Antrag auf Verlängerung der Unterstützungszeit stellen. Da das voraussetzungslos die meisten Erwerbslosen tun werden, bedeutet die Woge der Anträge eine riesige Ueberlastung der schon ohnehin un-

gemein in Anspruch genommenen Fürsorgestellen. Gegenüber der Notlage von Hunderttausenden ist mit solchen veralteten Richtlinien nicht viel anzufangen. Es muß ganz anders Vorgehen getroffen werden, daß nicht nach einem halben Jahr ein Heer von Arbeitslosen, von denen bereits ein Drittel aus andern als Arbeiterkreisen stammt, völlig ohne Existenzmittel ist.

### Die Frau des Eisenbahners.

Ein Eisenbahner war zwischen die Puffer geraten und totgekauert. Seine Frau mit drei Kindern mußte sich allein durchs Leben schlagen. Die Eisenbahnverwaltung half: die Frau wurde als Scheuerfrau eingestellt.

Nach einiger Zeit muß sie nach Lokau — lungenkrank. Als sie zurückkam und bei ihrer Dienststelle sich meldete, erhielt sie die Kündigung. Die Eisenbahnverwaltung nämlich baut ab. Auf die Frage warum, wurde der Frau gesagt, sie sei doch so lange krank gewesen!

So geschehen bei der Betriebswerkstatt Budau vor einigen Tagen. Ob es nicht doch Personalreferenten gibt, die sich schämen ob dieser Abbaurei einer untergeordneten Stelle?

**Gute und billige Weihnachtsbücher**

aus unsern Beständen sind zu haben

Magdeburg-Neustadt, im „Wintergarten“, Friedrichspl.,  
Magdeburg-Sudenburg, Gasthof zum goldenen Löwen,  
Halberstädter Straße 56,  
Burg, Otto Wiegelsh, Pulverstraße 10,  
Gatersleben, Hermann Koch, Lange Straße,  
Wanzleben, Frau Schulze, Kemlerstraße,  
Stendal, Parteifreier Müller, Brüderstraße 16,  
Halberstadt, „Halberstädter Tageblatt“,  
Schönebeck, Brömme, Republikstraße,  
Zhale, Ernst Wallach, Joachimstraße 25.

**Buchhandlung Volksstimme.**

### Neurungen in der gewerblichen Rechtsprechung.

Vom 1. Januar 1924 an erfährt die Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten eine einschneidende Neugestaltung. Auf Grund einer Verordnung über das Schlichtungswesen, die mit dem heutigen Tag in Kraft tritt, werden bereits eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, die erst das Arbeitsgerichtsgesetz bringen sollte. Die Grundgedanken der neuen Verordnung sind: Scharfe Trennung des Schlichtungs- oder Einigungswezens von der Rechtsprechung. Zu dem Zwecke werden die bisherigen staatlichen Schlichtungsausschüsse vollständig neu organisiert und von jeder rechtspflechtenden Tätigkeit befreit. Lediggedachte Geschäfte gehen in Bezirken, in denen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorhanden sind, auf diese über, soweit keine vorhanden sind, werden sie von besondern Spruchkammern der Schlichtungsausschüsse wahrgenommen. Im Prinzip wird die Zahl der Schlichtungsausschüsse durch Zusammenlegung stark vermindert, doch bleiben mindestens alle aufgehobenen Schlichtungsausschüsse als bezirkliche Kammern oder Zweigstellen für die rechtspflechtenden Aufgaben bestehen.

Im Bezirk der Provinz Sachsen und in Anhalt ruft die Neuorganisation manche Veränderung hervor. Was die Zahl der Schlichtungsausschüsse anbetrifft, so wird davon ausgegangen, daß im allgemeinen auf 500 000 Einwohner je ein Schlichtungsausschuss entfällt, jeder Regierungsbezirk soll aber mindestens einen erhalten. Im Regierungsbezirk Magdeburg bleiben drei Schlichtungsausschüsse bestehen, darunter Magdeburg und Halberstadt; aufgelöst werden die Schlichtungsausschüsse Aschersleben, Burg und Neuhaldenlehen. In diesen Orten bleiben aber für jene Gemeinden, die in Gewerbe- und Kaufmannsgericht bestehen, Spruchkammern jener Ausschüsse für die rechtspflechtende Tätigkeit bestehen. Welche Schlichtungsausschüsse im Regierungsbezirk Merseburg zur Auflösung kommen, steht noch nicht fest, doch bleibt der Schlichtungsausschuss Halle natürlich bestehen. Für den Freistaat Anhalt bleibt nur ein einziger Schlichtungsausschuss, und zwar der in Dessau, bestehen.

Die schon erwähnten Spruchkammern oder Zweigstellen der Schlichtungsausschüsse sollen in enge Verbindung mit einem schon vorhandenen gerichtlichen Apparat gebracht werden. Beispielsweise können sie einem Amtsgericht oder einem Gewerbegericht angegliedert werden. Vorkommende hat dann die Kammer nicht für den Stadtfreier, für den das Gewerbegericht besteht, tätig zu sein, sondern für die umliegenden näher zu bezeichnenden Gemeinden.

Eine weitere Neuerung ist die Einsetzung von „Schlichtern“. Sie sind aber nur für größere Wirtschaftskreise oder für besondere Fälle zu bestellen. Sie übernehmen die Schlichtung in Streitigkeiten, die für das Wirtschaftsleben von besonderer Wichtigkeit sind. Für die ganze Provinz Sachsen und für den Freistaat Anhalt wird nur ein einziger „Schlichter“ ernannt werden.

Schlichtungsausschuss und Schlichter haben zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen) Hilfe zu leisten, soweit eine andere private Schlichtungsstelle nicht besteht oder erfolglos ist. Das Verfahren ist ungefähr dasselbe wie bisher. Zurzeit ist man dabei, die neuen Vorsitzenden und Beisitzer zu berufen. Beides soll unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des betreffenden Bezirks geschehen. Es haben deshalb schon Verhandlungen mit den Spitzenverbänden stattgefunden. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses soll von den Parteien des Wirtschaftskampfes unabhängig sein.

Die den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten übertragenen neuen Aufgaben bestehen im wesentlichen in der Erledigung von Streitigkeiten aus der Durchführung des Betriebsratsgesetzes. Zunächst die aus dessen §§ 82 bis 90, nämlich bei Verstößen des Arbeitgebers gegen die Richtlinien über die Einstellung von Arbeitskräften, bei Entlassungen solcher ohne Angabe von Gründen, aus politischen Vorgängen oder ohne stichhaltige Gründe (als „Härte“) usw. In all diesen Fällen hat das Gericht über die Einsprüche zu entscheiden. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte haben nunmehr auch zu entscheiden bei Streit über das Erlöschen der Mitgliedschaft im Betriebsrat, bei Pflichtverletzungen des Betriebsrats (Auflöser desselben), Streitigkeiten aus der Festsetzung von Ordnungsstrafen im Betrieb auf Grund der Arbeitsordnung, Streitigkeiten über die Wahlberechtigung oder Wahlbarkeit eines Arbeitnehmers, bei der Durchführung der Maßnahmen zum Schutze der Betriebsratsmitglieder vor unberechtigten Entlassungen und einer Reihe von ähnlichen Anlässen mehr.

Auch aus der Durchführung der Landarbeitsordnung sind den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Obliegenheiten zugewiesen worden, wie z. B. die Festsetzung der Durchschnittswerte der Naturalbezüge in Streitfällen. Schließlich haben die Gerichte auch mit dem Schutze der Kriegerbeschädigten dem Arbeitgeber gegenüber zu tun, nämlich in den Fällen des § 99 des Reichsversorgungsgesetzes. Eine Neuerung der Gewerbegerichtsbeisitzer oder eine sonstige organisatorische Veränderung der Gerichte findet nicht statt.

Die neue, die ganze Angelegenheit regelnde Verordnung vom 30. Oktober 1923 ist offenbar sehr in der Eile gemacht, denn sie enthält viele offenbare Lücken und Mängel. So werden zum Beispiel die Landarbeiter dem Gewerbegerichten unterstellt, soweit es sich um Streitigkeiten aus dem Betriebsratsgesetz und dem oben angeführten Sonderfall aus der Landarbeitsordnung handelt. Für sonstige Streitigkeiten der Landarbeiter mit ihren Unternehmern aber, z. B. über Lohn- und Kündigungsfragen, ist das Gewerbegericht nicht zuständig, sondern nach wie vor das Amtsgericht. Wie soll das immer auseinandergehalten werden?

Ein weiterer kritischer Punkt ist folgender: Während in dem bisherigen, nicht geänderten Verfahren der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eine Berufung gegen die Urteile an das Landgericht zulässig ist, wenn der Wert des Streitgegenstandes eine gewisse Höhe übersteigt, so entscheiden die Gerichte bei den neuen ihnen zugewiesenen Aufgaben endgültig. Eine Berufung ist in diesen Fällen ausgeschlossen. Wie soll hier immer alles getrennt gehalten werden? Solche Widersprüche lassen sich noch mehr aufzählen. Sie müssen durch weitere Gesetzesänderung gelöst werden.

Alles in allem muß man aber sagen, daß die Neuerung einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Sie beseitigt die fortgesetzten Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den Gewerbegerichten und den Schlichtungsausschüssen und zentralisiert überhaupt die Rechtsprechung zum Arbeits- und Dienstvertrags. Gewiß erkalten die Städte neue Lasten aus den erhöhten Verwaltungskosten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, aber hier wird sich ein Ausgleich finden lassen. Es werden mit der Verordnung schon die wesentlichsten Teile des in Aussicht stehenden Arbeitsgerichts-gesetzes in Kraft gesetzt.

### Vogelfütterung im Winter.

Nun stehen die Bäume wieder kahl und die Felder und Gärten sind leer von Früchten. Die Schönen und Speicher aber sind wohlgefüllt, — wer solche Vorräte hat, braucht den Winter nicht zu fürchten.

Doch unsere geduldeten Freunde, die Vögel im Park und Wald, können sie der kalten Jahreszeit auch so unbesümmert gegenüberstehen? Erwartet sie nicht Frost und Hungernot? — So fragen sich wohl viele kriegsernüchterte Menschen und streuen im Winter Brokrumen aufs Fensterbrett für die hungernden Vögel. Sie wissen, sie tun ein gutes Werk.

Doch leisten wir damit wirklich der Vogelwelt einen Dienst? Können sie nicht ohne fremde Hilfe durch den Winter kommen? Da ist es nun wohl von Interesse zu hören, was einer unserer eifrigsten Förderer des Vogelwesens, Freiherr von Beckers, auf Grund seiner jahrzehntelangen Erfahrungen darüber sagt: „Das Füttern der Vögel im Winter ist nicht notwendig, ja es kann den Vögeln leicht Schaden bringen, wenn es ungeschmackig betrieben wird.“

Das klingt nun freilich etwas anders, als es mancher Naturfreund hören möchte. Doch bei einiger Nachdenken müßte es eigentlich jedem selbstverständlich sein, daß die Winterfütterung mindestens nicht nötig ist: Die große Mehrzahl der Vögel kommt doch mit der Stadt kaum in Verbindung — und gefüttert werden die Vögel doch fast nur in den Städten. Auch an Tagen, an denen die ganze Natur in eine dicke Schneedecke gehüllt ist, finden die Vögel unter Büschen, in Nisthöhlen, an Wägen usw. noch reichlich Nahrung. Die Fütterung kann sogar schädlich werden, wenn sie unregelmäßig geschieht, da die Vögel demöht werden, und dann zu Zeiten, in denen ihnen kein Futter geboten wird, es verlernt, sich ihre natürliche Nahrung zu suchen. Jedenfalls sehen wir: nötig ist die Winterfütterung nicht!

Sollen wir nun deshalb kein Futter mehr streuen? Im Gegenteil, wir sollten es nur noch eifriger betreiben! Aber wir müssen es immerzu sachgemäß tun und andererseits klar darüber sein, daß der Vorteil dabei im wesentlichen auf unserer Seite liegt, indem wir uns selbst Freude und Anregung bereiten, wenn wir die Vögel an unser Fenster gewöhnen. Und von dieser Seite betrachtet, erscheint die Winterfütterung sehr wichtig. So sollten wir vor allem unsere Jugend dazu anregen, um in ihr die Liebe zur Natur wachzurufen. Ganz allgemein aber fördern wir damit die Vogelkundebestrebungen, wenn wir auf diese Weise einen Teil unserer Vogelwelt kennenlernen; denn das Kennenlernen ist doch wohl die unerlässliche Basis aller Schutzbestrebungen. Und — Hand aufs Herz! — können wir alle einen Gänsting oder Finken unterbringen?

Wenn sollen wir nun füttern? Da ist zunächst zu bedenken, daß die Vögel in der ersten Winterhälfte, auch bei Schneefall, noch überall reichlich Samen finden. Die härteste Zeit für die überwinterte Vogelwelt ist der Frühlingssbeginn, weil zu dieser Zeit fast keine Samen mehr vorhanden sind und die Vögel noch in ihren Winterquartieren verborren sind. Das ist also die Zeit, in der wir die Vogelwelt durch Fütterung wirklich nützen! Im Winter kommen dann noch die Tage hinzu, die mit Glätte oder außergeräuslich starkem Schneefall die Vögel jede Möglichkeit rauben, sich an geschützten Stellen Samen zu beschaffen.





